

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 34

Erscheint jeden Sonntag.
Abonnementpreis: Mk. 1.— für das Vierteljahr.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Gotha, 26. August 1917

Inserte kosten 50 Pfg. die einseitige Petitzeile.
Bei Wiederholungen Rabatt. — Stellenvermittlungs-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg.

31. Jahrg.

Inhaltsverzeichnis.

Militärlohn tarif. — Reichstarifvertrag für die Schuhindustrie. — Aus der Lederindustrie. — Ueber die menschliche Ernährung. — Wirrwarr auf dem Lebensmittelmarkt. — Spiegel der Gewerkschaftspressen. — Mietsteigerungen und Bodenpreise. — Kettenbändler, Preistreiber, Warenwucherer. — Ostschlachtenkommission für Schuhwarenpreise. — Verbandsnachrichten. — Ehrentafel. — Sterbetafel.

Beilage: Für unsere weiblichen Mitglieder: Aus der Geschichte der industriellen Frauenarbeit. — Frauenwahlrecht. — Dienstbotenfrage. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Trümmerstätte.

Feuilleton: Kleine Leute.

Militärlohn tarif.

Anhang 4.

Mindest-Grund-Gehälter-Erhöhe für Militärärztschwestern.

a) Vergütung.

Schaffausführung:
Rindleder, Verdysschnitt, einteilige Fledermausläufe, Lederfutter, vorn Ledersteife, Hinterkappe außen aus Oberleder gesteppt, einteiliger Füllstreifen an obere Schaffante und Hinterriemen aus Leder, dient gleichzeitig als Strupfen, zweimal gesteppt, Blätter viermal gesteppt mit Oesen und Agraffen.

Bodenherstellung:
Ringsperum eingebunden, Nagelschrauben bis ans Gelenk, Gelenk und Ballenstück mit Holznägel befestigt, drei gänge durchgehende Sohlen Untersohlen zweimal ringsherum genäht und Zwischensohle auf Untersohle ringsherum gedoppelt, Obersohle ringsherum zweimal und im Gelenk dreimal genäht, Sohlenkante mit 20 bis 24 Stück Umbiegnägeln, Sohlenkante mit etwa 100 kleinen Spitznägeln und Abfüge mit anschließenden gewöhnlichen Gebirgsnägeln beslagen, Schnitt und Abfüge warm poliert ohne Wachs, Sohlen nur gelast, nicht poliert.

Die Schaft und Bodenstücke müssen bei nachgekauften Schuhen von der Militärbehörde zugeschnitten und vorgegeben und gefügt geliefert werden.

Furnituren sind den Arbeitern kostenlos zu überlassen. Der Mindest-Grund-Gehälter für 10 Paar Militärbergschuhe wird festgesetzt auf 28 Mk.

Hierin sind sämtliche Zeit- und Akkordlöhne, die vom Schaffstücken bis einschließlich Fertigmacherei begabt werden, enthalten. Die Verteilung der festgesetzten Gesamtlöhne auf die einzelnen Arbeiten hat in jedem Betriebe unter Berücksichtigung der eingesetzten Arbeitsweise und zur Anwendung kommenden Maschinen unter Mitwirkung des Arbeiterausschusses der einzelnen Betriebe zu geschehen. Wird die Bodenherstellung nur mit 2 ganzen, durchgehenden Sohlen gemacht, dann ermäßigt sich der Arbeitslohn um 1 Mk. pro 10 Paar.

Werdeu die Schaftstücke nicht zugeschnitten geliefert, so erhöht sich der vorstehende Lohn um 1,85 für 10 Paar.

Berlin, den 12. Juli 1917.

Für den Heberwahrungsausschuss der Schuhindustrie:
Ruß.

Für die Arbeitnehmerverbände:
Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands:
Jos. Simon.

Zentralverband christlicher Lederarbeiter:

Gewerksverein d. deutsch. Schuhmacher u. Lederarbeiter:

Reichstarifvertrag für die Schuhindustrie.

Gute Ideen fliegen über sie kommen wieder, um zu fliegen. Das gilt in der Arbeiterbewegung so gut wie in allen andern menschlichen Verhältnissen und darum mag der Fortschritt von den feindlichen Mächten noch so sehr aufgehalten und zurückgeschlagen werden, er steigt schließlich doch — das Gute bricht sich Bahn und das Schlechte verfällt dem Untergang. Schlecht ist in der menschlichen Gesellschaft alles, was die Wohlfahrt und das Glück aller verhindert. Dieses Schlechte ist aber unermühtlich und widerständig und darum muß es verschwinden, weil am Ende doch nur dem Zustand des Guten für alle der endliche Sieg und die Zukunft gebührt.

Zu den guten Ideen, die fliegen oder wiederkommen, um zu fliegen, gehört auch der Gedanke des Reichstarifvertrages zwischen Arbeitern und Unternehmern. Der Reichstarifvertrag ist die höhere Form des Arbeitsvertrages, der in den meisten Fällen nur beschränkt genannt wird, da es sich in dem Arbeitsverhältnis im wesentlichen nicht um ein Vertragsverhältnis, sondern um ein Herrschafts- und Unterthanenverhältnis handelt. Der Unternehmer ist der Herr — die „Oberigkeit“ —, der Befehl, der Arbeiter der Untertan, der gehorcht. Diefem Verhältnis entspricht auch die Form des individuellen „Arbeitsvertrages“. Der Arbeiter trägt den Unternehmer um Arbeit, er stellt ihn ein und damit ist der „Arbeitsvertrag“ abgeschlossen. Dieser Vertrag enthält die Form und den Inhalt des „Arbeitsvertrages“, über Lohn- und Arbeitsbedingungen wird kaum gesprochen; der Arbeiter fängt zu arbeiten an unter den Verhältnissen, wie sie im Betriebe bestehen, er hat sich ihnen zu fügen, sich mit ihnen abzufinden und wenn sie ihm nicht passen, so muß er halt wieder gehen. Ihm, dem einzelnen Arbeiter, wird vom Unternehmer keine Vertragsurkunde gegeben; er muß die bestehende 9- oder 10-stündige Arbeitszeit einhalten, ob er will oder nicht und wenn er hunderte lieber nur 8 Stunden arbeiten möchte. Die Arbeitsbedingungen werden vom Unternehmer für alle gleich festgesetzt und geregelt, es ist „Kassenordnung“, die für individuelle Wünsche und Bedürfnisse keinen Raum hat.

Die Gesetze reden von Arbeitsvertrag, enthalten Bestimmungen für ihn und haben dabei die primitivste und roheste Form des Vertragschlusses und der einseitigen Vertragsfestlegung durch den Unternehmer im Auge, wie wir sie oben dargestellt haben. Diesen Gesetzesbestimmungen entspricht die Fabrikordnung, die ebenfalls einseitig vom Unternehmer aufgestellt und in Kraft tritt. Daß sie von der Behörde genehmigt werden muß, das ist eine bloße Formalität, die man die unbillige Bestimmungen in den Fabrikordnungen gegen die Arbeiter nicht verzeihen. Aus dieser unbilligen Situation können die Arbeiter nur herauskommen durch den kollektiven Arbeitsvertrag, durch den Tarifvertrag, der zwischen der Gewerkschaft für die Gesamtheit der Arbeiter mit einem oder mehreren Unternehmern abgeschlossen wird. Erst der Tarifvertrag befreit den „Arbeitsvertrag“ von der juristischen Fiktion und der Begriffsverwirrung und macht den Arbeitsvertrag zum wirklichen Vertrag zwischen den Arbeitern und den Unternehmern, das Arbeitsverhältnis aus einem Herrschafts- und Unterthanenverhältnis zu einem kollektiven Vertragsverhältnis.

So bedeutet der Tarifvertrag die Demokratisierung des Arbeitsverhältnisses, die Sicherung des Mißtrauens der Arbeiter bei der Festlegung der Arbeits- und Lohnbedingungen; der Arbeiter wird aus einem Objekt des Arbeitsvertrages ein Subjekt, ein wichtiger vertragstheilender Teil, eine wirkliche Vertragspartei.

Der Tarifvertrag hat aber nicht bloß diese moralische oder ideale Bedeutung für die Arbeiter, er ist für sie auch mit materiellem Nutzen verbunden, denn Betriebe mit Tarifvertrag bieten in der Regel bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse als solche Betriebe in denen auch der Fabrikbesitzmus herrscht.

Als wir vor Jahren in diesem Blatte den Gedanken eines Reichstarifvertrages für die deutsche Schuhindustrie erörterten, fliegen wir damit auf heftige Opposition der Fabrikantenpresse und des Fabrikantenverbandes. Mit allen möglichen Scheingründen, die den Mangel an guten Willen verhehlen wollten, wurde unser Vorschlag bekämpft und abgelehnt, obwohl damals der Gedanke des Reichstarifvertrages im

deutschen Schuhdruckgewerbe verwirklicht worden war und in der englischen wie amerikanischen Schuhindustrie Tarifverträge bestanden, die sich für beide Parteien bestens bewährten.

Kam hat der Krieg auch in der deutschen Schuhindustrie die Verwirklichung des Gedankens des Reichstarifvertrages gebracht, allerdings nur für die Militärärztschwestern; aber diese vorläufige Beschränkung ist an sich Nebenache, Hauptache ist der Sieg des Gedankens, der Sieg des Grundgedanken. Seine weitere Ausdehnung auf die Zivilarbeit und damit seine Verallgemeinerung für die gesamte deutsche Schuhindustrie erscheint nur als das B, das im Alphabet auf das A folgt, erscheint als der notwendige und logische zweite Schritt, nachdem der erste getan ist. Bis zu einem gewissen Grade gilt der neue Tarifvertrag jetzt schon in diesem Sinne. Es werden von allen 11 Gewerkschaften, in denen die verbliebenen Schuhfabriken zusammengefaßt sind, Militärärztschwestern gestellt, wohl zum Teil auch im gleichen Betriebe neben den Zivilschuhen, so daß ganz nach der Natur der Sache der Reichstarif wenigstens zum Teil für die Fabrikation der einen wie der andern Schuharten gilt. Die Bestimmungen des Reichstarifvertrages über Arbeitszeit, Ueberstunden, Löhne, Heimarbeit, Lohnzahlung, allgemeine Bestimmungen usw. gelten so auch für die Zivilschuhe. Und wenn sie notwendig und zweckmäßig für die Militärärztschwestern sind, warum sollten sie es nicht ebenso auch für die Zivilschuhe sein?

Wir stellen jederzeit die Forderung auf, daß aus der Zeit der 40stündigen Arbeitszeit der Achtstundentag für die gewöhnliche Friedenszeit gesetzlich werden müßte und wir sind auch heute noch dieser Meinung, wenn schon jetzt wieder nur 34stündiger Arbeitswoche zurückgelegt wurde. Die gleiche Auffassung haben wir auch vom neuen Reichstarifvertrag für Militärärztschwestern. Er soll verallgemeinert und als dauernde Ertragsgewinn in der kommenden Friedenszeit erhalten werden. Er wird allerdings verbessert und namentlich auf den Arbeitsvertrag eingeleitet werden müssen.

Voraussetzung für diese dauernden Erfolge ist die gute Organisation, die geschlossene Gewerkschaft in allen Betrieben, das Ende des unorganisierten Arbeiters. Es darf in Zukunft nur noch organisierte Schuhmacher, einen starken Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands geben, dann wird es vorwärts und aufwärts gehen für alle!

Aus der Lederindustrie.

Mit der Zunahme des Mangels an Leder und an Fußbekleidung mehren sich auch die berechtigten Klagen über Käufer mit Schuhwaren aller Art. Der größte Mangel unter dem die Verbraucher zu leiden haben, ist der, daß jetzt Schuh zu teuren Preisen und in großen Mengen in manchen Fabriken hergestellt wird. Vieles besteht aus Lössen, Rappen und Sohlen in der Hauptsache aus Limonem und Papp.

Wenn schon der Schuhfabrikant allerlei minderwertige Ersatzmittel für Leder angewiesen erhält, möchte wenigstens darauf gesehen werden, daß ihre Güte im Einklang mit dem im Handel geforderten Preisen steht. Ueberhaupt sollte die Verwendung von Papp und Limonem bei Herstellung von Arbeiterschuh nicht zulässig sein. Den Besten stellen die Fabrikanten, die Geprüften sind die Käufer und die kleinen Schuhmacher, von denen die Wiedergutmachung des Schabers verlangt wird. Sie sind dazu auch nur unter vieler Mühe und mit dem ihnen jetzt zur Verfügung stehenden unvollkommenen Hilfsmitteln in der Lage.

Es wird ja jetzt in gewissen Blättern viel Aufhebens davon gemacht, und jeder Fall gemeinhalt als ein großes Kriegsergebnis den Lesern mitgeteilt, daß Sartenen oder sonst recht wohlhabende oder in angesehenen Stellungen befindliche Leute darauf laufen. Man preist den vaterländischen Sinn dieser Fußbürgergemeinde und überhebt dabei die Hauptache. Wir werden ja im Winter leben, ab diese Studenten dann auch stundenlang in zerfetzten Kriegsschuhen in den Straßen herumlaufen, wie es viele Kinder der unteren Klassen einfach müssen. Leute, die zuhause vielleicht mehrere Paar Schuhe stehen haben, können sich im Sommer den billigen Sport des Barfußgehens schon erlauben. Die guten Lehren an die minderbemittelten Schichten, diesem Beispiel nachzugehen, sollte man sich aber sparen und sich nicht nur zu ausbreitend damit machen, denn damit bewirkt man nur,

Daß man nicht zu mühen scheint, wie schon in den ehemaligen Friedenszeiten — an waren sie einmal? — die Kinder überausenden Familien von Frühjahr bis Herbst barfuß gehen mußten, um Schuhwerk zu sparen. Wie viel mehr ist das erst jetzt in der Kriegszeit bei dem hundertfachen Schuhwert notwendig. Und ganz von selbst schließen sich immer weitere Kreise der minderbemittelten Schichten diesem Vorhaben an, weil die Not sie dazu zwingt. Es ist also ganz schön, wenn sich auch wirtschaftlich und sozial hochstehende Kreise zu einer solchen Sparsamkeit bequemen, aber man unterlasse dabei die Beklame für den „opferfreudigen Sinn“ usw., der die Treue dieses patriotischen Handelns sein soll. Hinter den Kulissen sieht es meistens anders aus, als dort, wo wirkliche Not zum Barfußgehen zwingt.

Die Kriegsglieder A.-G. hat keine öffentliche Generatorkonferenz ab, dafür überläßt sie der Presse als minderwertigen Ersatz einen mangelhaften Auszug aus ihrem Geschäftsbericht, dem die „Frankf. Ztg.“ folgendes entnimmt:

Während zunächst nur die Großviehhäute und die Rohstoffe über 10 Kilogramm beschlagnahmt waren, sind im weiteren Verlaufe der Entwicklung fast sämtliche Häute und Fellgattungen der Beschagnahme unterworfen worden. Die Gesellschaft habe danach jetzt die gesamte Lederindustrie mit den erforderlichen Rohstoffen (außer mit Häuten und Fellen aus dem Geir, Chemalien, Ölen und Fettstoffen, Salz, Seifen, Soda usw.) entweder unmittelbar oder durch Ausschüttung der erforderlichen Bezugsscheine zu versorgen. Es liegt ihr außerdem die Kontrolle der Fabrikation, des Rohstoffverbrauchs und der Fertigstellung des Leders ob, ferner die Bewirtschaftung des gesamten Anlages an Häuten und Fellen aus militärischen Schlachtkörpern und aus den besetzten Gebieten. Besonders wichtige Gegenstände des militärischen Bedarfs lasse die Gesellschaft im Vorrat herstellen. Weiterhin sei ihr die Bewirtschaftung und Beschaffung von Treibern jeder Art übertragen worden. Dem Umfang der Geschäftsentwicklung habe die Ausstattung des Verwaltungsapparates entsprechen müssen. — Die vorgelegte Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung seien in der Generatorkonferenz einstimmig genehmigt und dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt und hierbei auch aus solchen Kreisen der Industrie, die bisher mit manchen Maßnahmen der Gesellschaft nicht einverstanden waren, anerkannt worden, daß die im Anzuge hervorgeratenen nach Lage der Sache unvermeidlichen Mängel nach Kräften beseitigt wurden. Man könne der Verwaltung für ihre schwierige und unentbehrliche Arbeit die Anerkennung nicht verweigern, und man erkenne hiermit — so lautet das Selbstlob — die Kriegsglieder A.-G. als eine volkswirtschaftlich und militärisch wichtige Stelle ausdrücklich an.

Der Krieg mäht

Das Großkapital auch im Lederergewerbe Amerikas. Hier breiten sich große industrielle Zusammenkünfte vor. Dabei stehen die für den Lederbedarf arbeitenden Firmen im Vordergrund. Die Lederherstellung ist in Amerika bereits vollständig verstaatlicht. Bisher haben sich die Central Leather Co. und die Hyde and Leather Co. in die amerikanische Lederzeugung berufen geteilt, daß jene sich mit der Fabrikation von Schuhen und Verwandtem befaßt, diese dagegen die Lederherstellung betrieb. Die Bestellung der Militärten in Amerika in den ersten Kriegsjahren an Leder waren insbesondere der Central Leather Co. als Herstellern deren Materials zugute gekommen. Ihr letzter Bierjahresausweis ergab einen Reingewinn von 4521 000 Dollars, d. h. eine Zunahme um 1 331 000 Dollars gegenüber der gleichen Zeit 1916. Diese Geldfülle und die riesigen Lederaufträge der Militärten Regierung ließen in der Central Leather den Plan reifen, die Hyde and Leather gänzlich zu erwerben und auch das alleinige Monopol auf Lederzeugung Amerikas zu gewinnen. Da dies nicht ohne den Druck der Beilegung an Oberleberbetrieben ging, wurde u. a. der große Mutterbetrieb der Wabler Lanning Co. in Waitegan durch Vermittlung der von der Central Leather Co., die in Chicago zwei große Gerbereien besitzt, aufgekauft. Beide Betriebe besitzen eine Leistungsfähigkeit von nahezu 12 000 Stück täglich. Die Detroit Automobilefabrik von Dodge Bros. war bisher an dem Wablerschen Betrieb durch Aktienbesitz stark beteiligt, der ihr auch das Automobilwerk lieferte. Seinerzeit haben die Kräfte von Oberleberbetrieben durch die Central Leather erhebliches Aufsehen erregt. Diese Korporation ist jedoch neuerdings mit einem Kaufangebot an die Hyde and Leather Co. herangetreten.

So bereitet sich das Großkapital immer mehr auf eine Weltkriege und Ausbeutung der Verbraucher gründlich vor.

Ueber die menschliche Ernährung.

In der gegenwärtigen Kriegszeit, wo überall Mangel an Nahrungsmitteln sich geltend macht, läßt sich Verufen und Unterbreiten veranlassen, aus der Menge der Erzeugnisse für die Ernährung nachzuweisen, daß die Erzeugnisse fast ebenso gut, wenn nicht noch besser für die menschliche Ernährung sind. Da ist es nicht uninteressant, wie die Wissenschaft vor dem Kriege Versuche über die Ernährung und die dabei zu beobachtenden Vorgänge veranfaßte.

Wir berichten nach einem bedeutenden Vppliter über dessen Erfahrungen in seinem Laboratorium:

Ein Tier oder ein Mensch wird für einige Stunden oder Tage in einen eigens errichteten Apparat gebracht, die Men-

gen und die Zusammenlegung der festen, flüssigen und gasigen Ausscheidungen des Körpers, die Mengen und die Zusammenlegung des genossenen Essens und Trinkens, sowie der eingeatmeten Luft, die mögliche Wirksamkeit der in den Körper aufgenommenen und der von ihm ausgeschiedenen Stoffe, die von dem Körper ausgestrahlte Wärmemenge und ihr mechanischer Gleichwert in getaner Muskelarbeit — alles dies ist genau zu messen. Der Apparat besteht in einer sogenannten Respirationkammer, einem Kasten mit Kupferauskleidung, 2,25 Meter lang, 1,20 Meter breit und 2 Meter hoch, für eine Menschen groß genug. Sie ist mit Glasröhren versehen, mit einem Staub-, einem Licht- und einer Hängematte ausgestattet.

Durch den Raum streicht dauernd ein Luftstrom, der seiner Menge und Zusammenlegung nach natürlich genau gemessen wird. Besondere Vorrichtungen sind für das Hineinschaffen von Speisen und Getränken und für das Heraus-schaffen der Ausscheidungen getroffen. Die Nahrung, die Getränke und die ausgeschiedenen Stoffe werden sämtlich sorgfältig gewogen und einer chemischen Analyse unterworfen. Auf diese Weise kann man also genau feststellen, was in den menschlichen Körper hinein und was aus ihm hinausgelangt. Die Temperatur in der Kammer wird dauernd auf einer zuträglichsten Höhe gehalten durch ein System von Röhren in den Wänden der Kammer, das von tatem Wasser durchfließen wird und jeden Ueberschuß von Wärme aufnimmt und beseitigt.

Ein Mensch kann in einer solchen Kammer ohne besondere Unannehmlichkeit unbefristet Zeit sich aufhalten, es sind in derselben Versuche von der Dauer von 2 bis 12 Tagen gemacht worden, ohne daß die untersuchten Personen dadurch irgendwie angegriffen wurden. Tag und Nacht sind Beobachter um die Kammer beschäftigt, welche die nötigen Messungen machen und die Versuchsperson mit jedem gewünschten Nahrungsmittel versehen. Einer der Versuche wurde mit einem Laboratoriumsdiener angestellt, einem Schweden im Alter von 30 Jahren und mit einem Gewicht von 66 Kilogramm; derselbe war mehr an Muskelarbeit gewöhnt, und vorher angelegte Prüfungen hatten ergeben, daß er ein starker Esser war. Die betreffende Person brachte 2½ Tage in dem Apparate zu. Seine tägliche Nahrung bestand außer beliebig viel Wasser aus getrocknetem Fleisch, Eiern, Kartoffeln, Brot, Milchzucker, Butter, Käse, Milch sowie Zucker und Kaffee, zukommen im Gewicht von 2351 Gramm. Während des Versuchs hatte die Person außerordentlich wenig Gelegenheit zur Muskelarbeit, sie beschäftigte sich nur mit etwas Lesen. Um den Verlauf und die Folgen der Nahrungszufuhr beurteilen zu können, muß man den Gehalt der Nahrungsmittel an Eiweiß, an Fett und Kohlenwasserstoffen und die in ihnen vertretene Wirkung oder gewissermaßen ihren Heizwert besonders in Betracht ziehen. Die Eiweißverbindungen, die z. B. in magerem Fleisch, im Eidotter, im Käsejoghurt der Milch, im Mehlkeim des Weizens enthalten sind, sind die sogenannten gewebesbildenden Stoffe, die im menschlichen Körper Blut und Muskeln, Knochen und Gehirn erzeugen. Die Fette finden sich in dem Fette des Fleisches, der Butter und Milch, in dem Die des Weizens usw. Die Kohlenwasserstoffe sind die Zucker- und Stärkesubstanzen z. B. im Brot, in den Kartoffeln und in den gewöhnlichen Zucker. Der Heizwert der Nahrungsmittel wird in Wärme-Einheiten gemessen. Die wesentlichen Heizstoffe für den Körper sind Fette und Kohlenwasserstoffe, obgleich die Eiweißverbindungen auch in gewissem Grade dazu dienen. Es genügt, in bezug auf die Ernährung die Menge des aufgenommenen Eiweißes und die Zahl der Wärme-Einheiten in den aufgenommenen Heizstoffen anzugeben. Bei dem obigen Versuch wurden täglich in verdaulicher Form 149 Gramm Eiweiß und 2860 Wärme-Einheiten mit der Nahrung aufgenommen, wobei noch zu erwähnen ist, daß Kaffee ebenso wie Tee keine Nährstoffe enthält, mit Ausnahme etwa des hinzugefügten Zuckers oder der Milch.

Nun ist es wichtig, das Verhältnis der aufgenommenen und ausgeschiedenen Mengen dieser Hauptnahrungsbestandteile festzustellen. In dem obigen Versuche gewann der Körper der Versuchsperson täglich etwa 15 Gramm an Eiweißstoffen und 65 Gramm Fett, das beweist, daß die Lebensweise reichlicher war, als es für eine Erhaltung des Körpers notwendig gewesen wäre, oder mit anderen Worten: der betreffende Körper erhielt mehr Eiweiß und Heizstoffe, als er brauchte. Dies war bei dem Mangel an Muskelarbeit bei dem daran gewöhnten Manne nicht zu verwundern.

Es wurde nach einer Wiederholung der Versuche berechnet, daß die Hälfte der Nährstoffe zur Erhaltung der körperlichen Beschaffenheit genügt hätte.

Interessanter war noch ein Experiment mit einem an dauernd geringe Arbeit gewöhnten, oder trägen und muskulösen Manne von 32 Jahren. Dieser nahm täglich an gebackten Fleisch, Kartoffeln, Weiß- und Schwarzbrot, Hofmehl, Bohnen, Milch, Zucker und Äpfeln nur 1751 Gramm zu sich, worin 103 Gramm Eiweiß und 2500 Wärme-Einheiten enthalten waren. Der Versuch dauerte im ganzen 12 Tage. Wurde die Versuchsperson in Ruhe gelassen, so gewann sie täglich etwa 15 Gramm Eiweiß und verlor etwa Nichte Menge Fett, so daß also festgestellt war, daß die Ernährungsweise etwas zu viel Eiweiß und nicht ganz genug Fett und Kohlenwasserstoffe dem Körper zuführte. Drei Tage lang wurde die Person mit anstrengender geistiger Arbeit beschäftigt, z. B. mit dem Ausrechnen der Ergebnisse von Experimenten und mit dem Studium einer deutschen Abhandlung physikalischen Inhalts; dadurch wurde der Verlauf der Ernährung jedoch nicht verändert, vielmehr daß dies bei einer längeren Dauer des Versuches geschehen wäre. Als jedoch die Person drei Tage lang mit schwerer Muskelarbeit beschäftigt wurde, genügte die Ernährung den Bedürfnissen des Körpers

nicht mehr, letzterer verlor etwa 8 Gramm Eiweiß täglich und etwa 210 Gramm Fett, obwohl der Heizwert der aufgenommenen Stoffe von 2600 in diesen Tagen auf 4325 Wärme-Einheiten gestiegen war. Die Beobachter berechneten, daß die doppelte Menge von Butter und Zucker und die Hinzufügung von einem halben Pfund Speck täglich gerade genügt haben würde, den körperlichen Zustand im Gleichgewicht zu erhalten.

Bei dem großen Gewicht, das von allen Ärzten auf die Diät gesetzt als Krankheitsursache wie als Heilmittel gelegt wird, ist es kaum nötig, auf die Bedeutung derartiger Versuche besonders hinzuweisen; nur durch solche kann genau festgestellt werden, in welcher Weise sich die Ernährung den Bedürfnissen der Gesundheit und der Körperkraft anpassen hat. Daneben haben die Versuche auch ein großes wissenschaftliches Interesse.

Wirrwarr auf dem Lebensmittelmarkt.

In munterer Folge beglücken uns immer noch allerhand Höchstpreisverordnungen. Da sie im allgemeinen nicht beachtet werden, fragt man sich, zu welchem Zweck werden die Verordnungen erlassen? Gewiß, gelegentlich wird mal ein kleiner Sünder, der im Kleinhandel über die Stränge schlägt, mehr oder minder hart bestraft; auch kommt es vor, daß große Schieber in den Wochen des Buchergesetzes hängen bleiben, oder deshalb büßt und gebüßt das Buchern und Preistreiben lustig in Stadt und Land weiter; offensichtlich nur den Augen der Polizei, in den Angelegen der Zeitungen. Aber weiß, daß die Höchstpreise überschritten werden; nirgends eine Spur von Hoffnung, daß dem Unwesen gesteuert werden könne. Trotzdem wäre es falsch, für die allgemeine Erziehung lediglich auf nur hauptsächlich die Erzeuger und Händler verantwortlich zu machen. Sie mühen die Konkurrenz aus, nehmen, was sie kriegen können. Aber man soll nicht vergessen, daß sie zu ihrem Verhalten stark angereizt werden. Nicht nur durch die vielerörterten Homsterer, die in der Lage sind, auf andere Vorbilder entschuldigend hinzuweisen.

Es ist kein Geheimnis, daß in vielen Fällen Behörden, weiter in erheblichem Umfange industrielle Unternehmungen die Erzeuger dazu verführen, die Höchstpreise zu überschreiten. Das ist ganz besonders in diesem Jahre bei dem Einkauf von Obst und Gemüse geschehen. Die Einkäufer großer Unternehmen und von Gemeinden, ferner Obsthändler, hatten vielfach Aufträge, nach denen sie für ihre Abnehmer bestimmte Mengen zu jedem Preise, ohne Rücksicht auf die angeordneten Höchstpreise, zu erwerben hatten. Durch dieses Vorgehen der Städte, Gemeinden und industriellen Unternehmungen sind die Preise stark hinaufgetrieben worden. Da nicht allein. Die Erzeuger wissen Bescheid und sie lassen sich durch den Verleih mit Behörden die Höchstpreise überschreiten, dann kann es nicht gefährlich sein, sie im Verleih mit der Privatlandwirtschaft zu mißgöhen.

Etwas anderes kommt hinzu: die starken Einkäufe, durch industrielle Unternehmen und eine Anzahl von Gemeinden, haben einen sehr beträchtlichen Teil der Gesamternte den übrigen Markt entzogen; das Angebot blieb daher schwach, das schwache Angebot steigerte die Befürchtung, daß man ohne Hamsterei im Winter hungern müsse. Der Mangel an Kartoffeln machte ferner die Nachfrage nach Deckung des Lebensbedarfs außerordentlich lebhaft. So konnte es nicht ausbleiben, daß die Erzeuger mit Ansprüchen der Verbraucher überhäuft wurden und sie sich die Preise immer weiter in die Höhe treiben ließen. Bei man ihnen doch das Doppelte und Dreifache der Höchstpreise. Biersack waren die Erträge an Obst und Gemüse längst vor der Reife verkauft. Wer später kam, überbot noch die Vorgänger, nur um etwas von den Früchten zu erlangen. Man kann sagen, lange vor dem Einsetzen war der Markt schon geräumt. Das Schlußwort dabei ist, daß die Befehlenden sich sehr reichlich eingebüßt haben; wahrscheinlich auch einige Städte. Daher können jetzt die ärmeren Verbraucher selbst in unmittelbaren Nähe der Haupterzeugungsgebiete nicht einmal ihren Tagesbedarf decken und sicher werden auch manche Gemeinden nicht in der Lage sein, für ihr Versorgungsgebiet den erforderlichen Winterbedarf bereinzubringen.

Es treten somit zwei schwerwiegende Folgen des Wirrwarrs auf dem Lebensmittelmarkt heraus, Folgen, die in der heiliger Volkssetzung vorausgesetzt worden sind, als wir das Gefährliche der Batodischen Vordränge (Bedarfsdeckung der Gemeinden durch Abkühlung von Lieferungsverträgen) schilderten. Wie wir damals anführten, müsse die Wirkung der Batodischen Politik eine verhängnisvolle Ungleichheit in der Verteilung und eine tolle Preiserei bereitzuführen. Das ist nun leider in noch schärferer Ausprägung Wirklichkeit geworden, als wir voraussetzten.

Das Ueberbleiben der Höchstpreise durch öffentliche und private Einkäufer hat nun aber nicht allein die Versorgung der Bevölkerung mit Obst und Gemüse in die Brüche gehen lassen und zudem für diese Erzeugnisse Wucherpreise zur Regel gemacht, sondern allen festgelegten und noch auszuwertenden Höchstpreisen zum Trotz, die Mißstände jetzt auch ver-schärfert auf die anderen Gebiete der Nahrungsmittelbeschaffung übertragen. Mittellos von Behörden haben die Erzeuger g. ermt, die Höchstpreise nicht zu beachten, das zeigt notwenniglich ihr Gefühl, die gemachten Erfahrungen aus bei den z. hionierten Lebensmittel zu ihrem Vorteil zu verwenden. Der durch die erwähnten Umstände hervorgerufene Mangel an Obst und Gemüse für den privaten Hausbedarf hat weiter die Schär der kleinen Hamsterei, die aufs Land ziehen, jeden Preis bieten, um Kartoffel, Getreide, Butter, Fleisch, Fett usw.

best möglich und
der aufgenom-
4325 Wärme-
errechneten, daß
und die Singu-
gerade genüge
Miedergewichte zu
Merten auf die
beimittelte geleg
berartigere Besu-
Ernährung den
groß anpassbar
großes Wissen.

smittel.

nach allertand
nein nicht be-
wed werden die
wird mal ein
Stränge schlägt,
es vor, daß
gehebes hängen
Buchern und
offenlich vor
Zeitung. Je-
geben; nirgend
gemeine Erschei-
nunge und Händ-
die Konjunktur
man sich nicht
erzieht werden.
rer, die in der
nd hinguweisen.
Allen Behörden,
Unternehmungen
je zu überfüh-
re bei dem Ein-
einkäufer großer
spächter, hatten
e Abnehmer be-
stigt auf die an-
D. Durch dieses
ustriellen Unter-
n worden. Da
nd sie sagen sich
höchtpreise über-
ste im Werte

Einkäufe, durch
von Gemeinden,
bekanntete dem
daber schwach-
ung, daß man
Der Mangel an
Deckung des Lo-
te es nicht aus-
der Verbraucher
ter weiter in die
as Doppelt und
die Erträge an-
st. Wer hätte
etwas von den
ge vor dem Ein-
schlünfte dabei
ingedeckt haben;
können jetzt die
Röhe der Haupt-
arbeit beden und
in der Lage sein,
n Winterbedarf

igen des Wirt-
Folgen, die in
orden sind, als
schlige Bedarfs-
Lieferungsver-
orten, müsse die
angrimwolle Un-
einstreiterei her-
re Ausprägung

öffentliche und
die Versorgung
e Brüche geben
erpreise zur Re-
och anganzwaren-
jeit auch der
niederschöpfung
in die Gegenwart
s reicht nutzlos-
auch bei den zu-
verwenden. Der
me Mangel an
hat weiter die
d geben, jeden
keis, fast alle

erlangen, ersichtlich anzuweisen lassen und dieses Er-
halten nicht wiederum in ganz verkehrtem Maße preis-
schend.

Die Erzeuger brauchen gar nicht zu fordern; man bietet
an, die Früchte selbst abzunehmen und weit über die für
den Kleinhandel festgesetzten Preise zu bezahlen. Das sind so
lockende Angebote, daß viele Erzeuger der Versuchung, die
Hochpreisverordnungen und Bestimmungen über Ablieferung
die öffentlichen Verteilungsstellen zu übertreten, nicht wider-
stehen können. Die gewaltigen Preissteigerungen in Ver-
bindung mit dem durch Weghamsterei hervorgerufenen Man-
gel treibt dann weiter die Kräfte und Vermögen auf den Weg
des Selbstschutzes, nämlich den, des Diebstahls. Gegen den
Diebstahl geht man nun mit größter Strenge vor; dage-
gen läßt sich an sich wenig einwenden; oder man muß doch
die Ursachen der Selbstschutzes würdigen und die Befreiung
der Selbstschutzes, die nur für ihren Lebensbedarf sorgen
kann, ist moralisch ein weniger ehrenvoller, wenn man
nachschaut, daß das Verhalten der Wohlhabenden, die
ein hartes Ueberbieten der Höchstpreise die Waren fortneh-
men, um damit ihren Zukunftsbedarf zu beschaffen, die
armen Verbraucher mehr schädigt, als das durch den Dieb-
stahl kleiner Mengen geschieht.

In diesem Zusammenhang muß noch eine andere Er-
scheinung in unserer öffentlichen Nahrungsmittelversorgung
mündlich werden: die Preispolitik vieler Gemeinden. Wenn
ein Erzeuger z. B. Eier für 22 Pfg. das Stück abliefern muß,
die dann von den Gemeinden für 30 oder noch mehr
ferntrag an die Händler abgegeben werden, die mit einem
Umschlag von etwa 2 Pfg. die Eier an die Verbraucher ab-
geben müssen, so kann man sich nicht sehr wundern, daß die
Erzeuger sagen: den Gewinn, den die Gemeinden einstrei-
ken, können wir für uns selbst mitnehmen. So wird der
Lebensmittelbedarf begünstigt, der wiederum den zahlungsfähigen
Verbraucher zugute kommt und die allgemeine Versorgung benödi-
gt.

Alle diese Umstände haben für die nächsten Monate die
Versorgung der Bevölkerung in schwerer Weise gefährdet.
In verhältnismäßig kleiner Zeit ist gut, ja sogar überdies
erfolgt, breite Volkschichten jedoch werden nicht in der
Lage sein, die allerdingsten Bedürfnisse zu befriedigen.
Besondere Maßnahmen sind erforderlich, soll bösen Ernäh-
rungsschwierigkeiten wenigstens in etwas vorgebeugt wer-
den. Man muß sich wohl oder übel doch noch zu einer allge-
meinen Beschlagsnahme aller im Besitz von Gemeinden und
Provinzen befindlichen Nahrungsmittel entschließen, um zu-
mindest einen Ueberblick zu bekommen, wie groß die gesamte
zur Verfügung stehende Menge ist. Auf Grund der Ermitt-
lung kann dann eine möglichst gleichmäßige Verteilung vor-
genommen werden. Bei der Beschlagsnahme sind an den je-
weiligen Besitzer nur die festgesetzten Höchstpreise zu zahlen,
gleich, ob dadurch nur hamsterende Private oder Behör-
den und Gemeinden finanzielle Einbußen erleiden.

Gerade die Lebensmittelbeschaffung der Gemeinden
ist die Richtung der vorgeschriebenen Höchstpreise, sowie
die eigenen Preisfestsetzungen haben die Zustände auf dem
Markt der Lebensmittel stark in die Richtung getrieben, die
in den jetzigen Schwierigkeiten hineingeführt; gewiß wa-
ren die Gemeinden selbst dabei Opfer eines falschen Systems,
daß sie in einem gewissen Umfang jedoch mit verant-
wortlich sind, weil sie es unterlassen haben, sich den Wünschen
der Bürgerungen der von oben her bestellten Gestaltung der
Lage energisch zu widersetzen. Keinesfalls darf man nun
die ärmere Bevölkerung, die am meisten bedrängt wird
für die nicht von ihnen verschuldeten Fehler büßen lassen.
Berücksichtigt man auch jetzt noch auf die vorgeschriebenen
Beschlagsnahmen zur Sicherung der Volksernährung, dann ist
es unbedingt für die unermesslichen Folgen verantwortlich.
Es muß schnell gehandelt werden; langes Zögern macht
die notwendige Regelung nur schwieriger und weniger er-
folgreich.

Spiegel der Gewerkschaftspresse.

Zu Beginn des 4. Kriegsjahres beschäftigten sich vor-
nehmlich Gewerkschaftsblätter mit allgemeinen und beson-
deren Fragen des Krieges, mit seinen Ursachen und ver-
bundenen Folgen.

Der „Lederarbeiter“ (Nr. 31) nimmt in folgender
Weise Stellung zum Streit in der Sozialdemokratie:

„Während die Mehrzahl der Reichstagsfraktion für sich
Bereitschaft anerkennt, die Kriegsstreite zu beizulegen,
lehnte dies eine kleine Anzahl der sozialdemokratischen
Abgeordneten ab und trat später aus dem Fraktionsver-
band aus. In Götting wurde dann auch für diese Richtung
eine neue Parteiorganisation gegründet. Diese unglücklichen
Streite sind bekannt, jetzt an der Schwelle des vierten Kriegs-
jahres, stehen wir vor der Alternative, daß für absehbare
Zeit mit einer Wiedervereinigung der beiden Parteifrac-
tionen nicht zu rechnen ist. Die Laizität der Parteimehr-
heit läßt sich auf die Pflicht der Vaterlandverteidigung,
die sich findet Verbündeten um so mehr bei den Massen, als
wenn der Reichsregierung die Friedensbereitschaft, von den
Freunden des Reiches aber immer wieder die Absicht bekundet
wird, Deutschland im Vernichtungskrieg zu bezwingen.
Solche Ziele die Parteimehrheit verfolgt, wie sie sich ei-
gentlich zur Verteidigung des Vaterlandes stellt, darüber
wird nicht volle Klarheit nicht. Ihre Laizität mag wohl als
Schwäche dem Frieden dienlich bedacht sein, als praktische
Vollziehung kommt sie aber kaum in Betracht. Durch den
Kriegszustand ist beiden Richtungen die offene Aussprache
verboten, sie wird erst nach Friedensschluß erfolgen und

dann zur Entfaltung kommen. Da dann möchten wir
wünschen, daß es bei nachdrücklichen und sachlichen Argumenten
bleibt, daß niemand dazu beitragen möge, den leider ent-
brannten Brandkampf zu verschärfen und noch weiter aus-
zubreiten. Wenn es nun einmal schon zur Spaltung ge-
kommen ist innerhalb des politischen Leibes der Arbeiter-
bewegung und dort die Fraktionsfähigkeit beeinträchtigt wird,
so wollen wir doch wenigstens darauf bedacht sein, die ge-
werkschaftliche Organisation als Waffe zur Führung des
wirtschaftlichen Kampfes ganz und gebrauchsfähig zu erhal-
ten.“

Mit dergleichen Urteilen im Gewerkschaftsblatt, die die
eine Seite ins Unrecht setzt, ist unseres Erachtens die Ein-
heit in der Gewerkschaft sicher nicht gefährdet.

Der „Rürschner“ (Nr. 16) bemerkt ganz gut:
„Die andere Wirkung des Krieges, die mit Kriegsbeginn
in allen Ländern haben und drücken in Erscheinung trat,
und die noch heute fürchterlich anhält, die deshalb auch die
Hauptursache ist, daß der Krieg trotz der großen Verheer-
ungen dieser drei Jahre nicht zu Ende kommen will, ist
der Kriegswahnsinn. Dieser Kriegswahnsinn bewirkt, daß
die Diplomaten und kapitalistischen Pressevertreter leichtes
Spiel haben, die Völker stets von neuem zu täuschen, damit
sie sich nie oder nur schwer ein objektives Urteil bilden kön-
nen, weil sie stets die Sache nur durch die nationale Kriegs-
brille betrachten. Für jeden ehrlichen Friedensfreund —
und besonders noch sozialdemokratischen Standpunkt aus —
ist das schmerzhafteste dieser Erscheinung, daß selbst ein gro-
ßer Teil Sozialdemokraten von dem Kriegswahnsinn nicht
verschont blieb, und daß, so lange der Krieg anhält, eine Ge-
wöhnung nur schwer eintritt.“

Die „Fachseltung der Schneider“ (Nr. 31)
fragt:

„Wie lange noch soll der unerträgliche Zustand weiter
anhalten, der die alte Kultur der Völker in Trümmern schlägt
und unwiderrbringliche Werte zerstört. Ist die Kultur-
menscheit, die so große Leistungen vollbracht, wirklich schon
durch die Kriegszeit so stumpf und apathisch geworden, daß
es ihr nicht gelang, endlich einmal sich von dem Kriegswahnsinn,
der ihre Sinne benahmt, loszureißen und sich zu sagen:
So kann es auf die Dauer nicht weitergehen.“

Der „Korrespondent“ für Deutschlands Bauarbeiter
(Nr. 83) weiß jedoch noch weniger zu sagen; er schreibt:
„Nach drei unerbittlich gehaltenen Kriegsjahren sehen wir
nun die schrecklichsten aller Schicksale im Westen entbrannt
und sehen das ob seiner Bekleidung vom schärfsten Regie-
rungsregimente, dem Jarmismus, begünstigste Aufstand
für einen neuen Anfall des Kriegswahnsinns schwer bestraft
auf dem Rückzuge. Bei allem Ansehen, das der Krieg ein-
mal eben eingeschlagen hat, wollen wir wenigstens hoffen,
daß es unsere unerschütterlichen Brüder im Waffen-
feld auch weiter gelingt, die Ueberzahl der Feinde in Schach
zu halten.“

Wir meinen es gäbe jetzt härtere Blicke als den nach
militärischen Erfolgen.

Die „Gewerkschaft“ (Nr. 37) macht die folgende Be-
merkung:

„Fast möchte man glauben, der Krieg würde nur um
des Krieges willen weitergeführt, das Geschehen sei völlig
enkeit und folge lediglich noch dem Weg der Trägheit. Die
Zerummt aber sei ebenso wie der Menschennutzen aus dem
düsteren dümmlichen Treiben völlig ausgeschaltet. Wie ein
Schiff, das übermäßig zerföhrend über unseren Häuptern
dahinjagt, müssen wir den Krieg hinnehmen und haben nicht
einmal den Trost, daß höhere und unbegreifliche Gemalten
das Furchtbare über uns beschließen haben. Nein, all diese
zerföhrende Leutsel, diese grüne Bergereitheit des Ge-
schehens empfindet Menschennutzen, hat Partei der be-
rechneten Zerummt, die sich verneint hat.“

Die „Währungsreinigung“ (Nr. 31) gibt eine treffliche Note
gegen den militärischen Nationalismus; sie schreibt:

Die Beispiele für diesen Nationalismus in der Reichs-
kammer unserer Gegenwart brauchen uns nicht verlegen
zu machen. So, als längst ein Mann, der in dieser Zeit
zum Fühler des deutschen Volkes geworden ist und eine Ver-
himmelung erleben muß, die ihn wahrheitsgemäß selber un-
heimlich wird, auf die Anpassung irgendwerter für einen deut-
lichen (d. h. alldeutschen) Frieden begünstigen Einmüßig-
runde prompt zurückergriffen, „sein allerniedrigster
Kaiser, König und Herr werde der Welt einen Frieden „geben“
wenn. Reicht es denn wirklich nur zu einem matten Einpruch
gegen den pluralen Majorität und ähnliche kapitalistische Ueber-
bietet aus der Freiheit, oder muß eine solche Ausdrucks-
weise wie in jenem Antworttelegramm nicht noch peinlicher
bedürfen?“

Der „Proletarier“ (Nr. 31) bemerkt ganz und
treffend:

„Ob der Krieg kam, gab es Menschen, die ihn herbei-
wünschten, Menschen, die ihn ein Stachel der Völker, einen
Sungbrunnen der Menschheit nannten. Es waren sehr
hochgebildete, sehr einfühlsame Männer, die so dachten, reden
und taten. In den ersten Kriegsjahren hörte man
hier und da noch Stimmen, die ähnlich klangen. Sie sind
verstummt. Heute würde man den flehigen oder ins Irren-
haus sperren, der den Krieg zu leben sich erziehen wollte.“

Es wäre sehr notwendig, einmal auszusagen, wie lang-
sam und wehmützig sich in Deutschland der Gedanke durchge-
drungen hat, daß dieser Krieg nicht beendet werden darf durch
einen Frieden, den ein Sieger diktiert, daß er beendet wer-
den muß durch Verhandlung und Vereinbarungen. Auch
in der Sozialdemokratie, die ihrer ganzen Zusammenfassung,
ihren Grundgedanken und ihrer Geschichte nach die entschiedenste

Vorkämpferin des Friedens sein muß, ist der Friedensgedanke
schon erst allmählich gekommen. Von der entsetzten
Ablehnung aller Vorkämpfer, an die Kreditbewilligung Be-
dingung zu knüpfen, bis zum Entschluß, die Bewilligung
abhängig zu machen von den Erklärungen der Regierung zu
der Friedensforderung der Partei führt der Weg nicht auf
einer immer geraden Linie. Doch es ist nicht unsere Absicht,
hier den Bindungen dieses Wegs zu folgen, vielmehr sei uns
Benutzung gestattet, daß die Partei mit ihrer Friedens-
politik jetzt endlich einen Punkt erreicht hat, den sie viel frü-
her hätte erreichen, ja von dem sie eigentlich hätte ausgehen
müssen.“

Geht man diesem Gedanken weiter nach, dann drängt es
zu der Ueberzeugung, daß nun aber auch alle Kräfte be-
dingungslos und ohne Zweideutigkeit in Worten und Taten
für die Herbeiführung eines Verständigungsfriedens eingesetzt
werden müßte.“

Mietssteigerungen und Bodenpreise.

Die Frage der Mietssteigerungen wird jetzt eifrig er-
örtert. Im großen und ganzen bespricht man sie unter dem
Gesichtspunkt einer Kriegsnote, die einer besonderen Be-
setzung mit wohl ermogener Absichtigung der Lage beider
Parteien, der Hausbesitzer und der Mieter, notwendig mache.
Diesem Standpunkt trägt auch die Bundesratsverordnung vom
26. Juli 1917 in gewissem Grade Rechnung. Sie und
wieder wird aber doch schon nachdrücklich auf den sehr be-
deutungsvollen allgemeinen Zusammenhang der jetzigen So-
zologie mit der Weiterentwicklung unseres Stadtungswezens
hingewiesen.

Es ist bereits wiederholt angedeutet worden, daß die
Mietssteigerungen sich wieder in den Bodenpreisen festsetzen
würden. Das ist richtig, aber es ist damit noch nicht genau
umrissen, um was es sich dabei handelt. Schon die
Auktionenverhaltung der jetzigen Budgetpreise des Bodens nämlich
würde vielfach Mietssteigerungen erforderlich machen, und
es fondelt sich nun darum, ob tatsächlich mit Hilfe von P-
steigerungen die Bodenpreise aufrecht erhalten werden sollen
oder ob sie endlich ins Weichen kommen werden. Insofern
hat das Terraingewerbe mit den übertriebenen Bodenpreisen
mit Ausbeutung aller seiner Kräfte und insbesondere mittels
des engen Zusammenhanges der Gesellschaften unter einan-
der und mit dem Großkapital festgehalten. Selbst der An-
gang der Kriegslage gegenüber hat es standhaft thronen,
weil es die notwendigen finanziellen Verpflichtungen in
Hilfe neuer Kontrakte erfüllen konnte. Den Jahr zu Jahr
besteht es auf den Anstoß von Umkehrungen der Konjunktur
ber ihm jetzt, da die Mietssteigerungen schon erfolglos be-
ginnen, nahe beizutreten scheint. Um aber auch gegen un-
günstige Wirkungen der Ueberzeugungswirtschaft bereit zu sein,
hatte der Grundbesitz neuerdings seine Stellung durch starke
Organisation zu festigen. So wurde vor nicht langer Zeit
der „Wirtschaftsbund des Deutschen Haus- und Grundbesitzers
u. a.“ und in Berlin die „Genossenschaft Berliner Haus-
besitzer zur Beschaffung und Sicherung von Hypotheken“, fer-
ner die „Wirtschaftliche Vereinigung des Bundes der Berliner
Grundbesitzervereine“ gegründet. In München wurde die
Gründung eines „Schuldenbundes der Unabhängigen-
schaftlichen Wagners“ in baldige Aussicht genommen. Ähn-
lichen Bestrebungen begehen wir in Stuttgart, Posen und
anderen Städten. Ferner wurde kürzlich die „Vereinigung stam-
bart für Hypothekendarstellung u. a.“ vom Arbeitsgemeinschaften
für das Baugewerbe in Gemeinschaft mit Vertretern des Ter-
raingewerbes, des Hausbesitzes und organisierten Handwerks
aus Leben gerufen, deren Arbeitfeld sich auch in der Form
der Errichtung zweier Hypothekendarstellungsbüros über das
ganze Reich erstrecken soll.

Wenn der Grundbesitz seine Kapitalkraft erfüllt haben will,
ist es freilich auch die höchste Zeit geworden. Die außer-
erwartlich ungenügende Beschäftigung der Bodenbesitzer
hat sich in diesem Jahre weiter verschärft. Die großen
Zentralwirtschaftskontrollen in Berlin, München, Dresden,
Frankfurt a. M. und einigen anderen Großstädten wirken
abermals Erhöhungen der Ueberbilanzen auf, die oft in dro-
hem Mißverhältnis zu dem vorhandenen Aktienkapital stehen.
Die verfügbaren Mittel sind nahezu aufgebraucht. Die Bau-
guthaben sind weiter zusammengefallen und statt dessen
haben sich die Baukosten wiederum erhöht. So kommt es
denn, daß diesmal auch in den Kreisen der Terrainerstreb-
ten, z. B. in den Reichstagsfraktionen der „Reuen Boden-
gesellschaft Berlin“ und der „Hundelgesellschaft für Grund-
besitz Berlin“ Stimmen laut werden, die eine unbedingte
gleiche Entwidung nicht voraussetzen. Es fragt sich eben,
ob die Konjunktur so früh und so stark ausgenutzt werden kann,
daß die Gesellschaften sich nicht doch gezwungen sehen, ihre
Belände zu billigeren Preisen abzugeben.

Es liegt auf der Hand, von wie weittragenden Einfluß
auf die Reform der Wohnungswirtschaft es sein wird, welche
Richtung die Gesellschaftspolitik der Bodenbesitzer in
dieser Beziehung einschlägt. Für diese Entscheidung kann
man aber im Zusammenhang mit bezuggen Reform der
Baugewerkschaften und Bauordnungen und der Erneuerung
des Schatzungswesens und neben einer großzügig organisierten
Konjunktur durch „Gemeinnützige Bodenbesitzer“
natürlich auch eine Bereinfachung der Mietpreisermittlung
von großer Bedeutung werden. Aber nur eine allgemeine
und wirksame Beschneidung der Mietssteigerung könnte in
diesem Maße von Nutzen sein. Mit der Bekämpfung des
Mietwunders ist es nicht getan. Die Preisentwicklung ist so
zu beeinflussen, daß sie nicht den Anstoß zu jeder Ueber-

Wann Hausbestimmung gibt, die schon früher oft genug die Bodenpreise weit über die erzielten Mietpreise hinausgetrieben hat.

Im Interesse der Wohnungsproduktion muß zwar von einer schmerzlichen Regelung abgesehen werden, jedoch nicht von einer Einschränkung überhaupt. Eine gleichzeitige Inanspruchnahme der oben erwähnten Maßnahmen auf die entscheidende Bedeutung eines Abbaues der Bodenpreise für unser Wohnungs- und Siedlungswesen darf jedenfalls auf keine nur irgendwie mögliche Einschränkung verzichtet werden.

Rettenhändler, Preistreiber, Warenwucherer.

Einen recht energischen Vorschlag, die Wucherer und Preistreiber zu fassen und ihnen das Handwerk zu legen, macht ein Dr. Franz Perle im österreichischen „Handwerker“. Er schreibt:

„Ehe nicht einige von diesen Schandbuben am Potsdamer Platz aufgehängt werden, wird es nicht besser“, so wachte! General Gruner bereits zweimal im deutschen Reichstag.

Die Kuppler und die Wucherer waren seit jeher die erbärmlichsten Gesellen. Die Goldgräber veranlaßt, mit des Leibes und der Seele Not der Mitmenschen zu schaffen. Geradezu lächerlich müde waren schon in Friedenszeiten die Strafsätze für diese Hyänen des Gesellschafts- und Wirtschaftslebens, so daß sie ihr schamloses Gewerbe allenthalben nahezu ungehindert treiben konnten. Wie harmlos ist aber der Geldwucherer, der übermäßigen Zins vom geborgten Gelde nimmt, gegen den Rettenhändler, gegen den Preistreiber, gegen den Warenwucherer. Der Geldwucherer, zu dem sich der verzackte Adelige, der verdorbene Offizier, der verlumpte Student schließt, sagt seinem Opfer meist den Wucherzins voraus, er sieht ihm wenigstens schielend ins Angesicht, er gibt ihm gute schöne Worte, er zieht ihm nach und nach die Haut über die Ohren, nicht selten schmerzlos.

Die Rettenhändler, die Preistreiber, die Warenwucherer, sie treiben aber ihr einträgliches Gewerbe im Verborgenen, sie überfallen ihre Opfer hinterhältig, heimtückisch, sie schädigen Tausende, Hunderttausende, Millionen von Menschen, sie verderben jedes Volk und jede Gasse, sie untergraben jeden Staat, sie jenseits an der ganzen Menschheit. Gegen den Raubmörder, der Bölle und Uhr hehlt, kann man sich zur Wehr setzen, kann man um Hilfe rufen; gegen den Rettenhändler, den Preistreiber, den Warenwucherer ist jeder Mann wehrlos. Gleich einem dünnen stählernen Gespinnnt werfen diese erbärmlichen Gesellen ihre Netze über ganze Völker und Staaten, über die gesamte Menschheit. Nicht ein einziger kann ihrer Goldgräber entrinnen.

Zu Beginn des Krieges wurden scharfe Strafen gegen diese Gesellen in Aussicht genommen, gegen Kriegskriegleranten, die den Tod von Menschen durch Wucher herbeiführten, sogar die Todesstrafe. Einigen dieser lauberen Herren wurde nachgewiesen, daß sie durch die Lieferung schlechten Schuhwerts den Tod wackerer Soldaten und die gesunden Glieder von hunderten Kämpfern auf dem Gewissen hatten. Einige sind mit etwas schwächeren Kerkerstrafen belegt, meist aber nach kurzer Haft wieder begnadigt worden. Einer von ihnen, namens Neuron, wurde nach zwölfjähriger Haft sogar gradehauender an die Front entlassen, wohin er sich schauerweise freiwillig gemeldet hatte. Die christlichen Federn in den Schützengräben dürften sich bedacht haben, mit solch einer Hyäne in eine Reihe gestellt zu werden.

Weber in Deutschland noch in Oesterreich oder gar in Ungarn kann man dieser Betrüger Herr werden. Dies liegt vor allem daran, daß nicht mit eiserner Faust zugegriffen, nicht mit eiserner Hand gestraft wird, daß nicht alle gefaßt werden, ob sie in der Bauernstube oder im Kreisladen sitzen, ob sie Präsidenten von Kartellen oder Männer von blauem Blute sind.

Mehr als tausende schöner Reden oder staatsrechtlicher Bewährungsreden würde die eine seltliche und starke Tat des zusammengeretretenen Reichsrats für das Wohl des kämpfenden und duldbenden Volkes sorgen, wenn er wenige Leitsätze beschließen und zugleich Sorge dafür tragen würde, daß ohne Ansehen der Person unerbittlich Rechts gesprochen wird und gewaltet werde:

§ 1. Wer mittelbar oder unmittelbar eine Verteuerung von Lebensbedürfnissen über das von den hierzu eingeleiteten Preisprüfungsanstalten zulässige Maß herbeiführt, begeht das Verbrechen des Wuchers und wird zum erstenmal mit Kerker von einem Monat bis zu einem Jahr und einer Geldbuße im Betrage von 10 vom Hundert seines Vermögens bestraft.

§ 2. Im ersten Wiederholungsfall erhöhen sich diese Straffsätze auf schweren Kerker von 1 bis zu 5 Jahren oder bis zu einer Buße im Betrage von 50 vom Hundert des Vermögens des Täters; im zweiten Wiederholungsfall bis zu 10 Jahren schweren Kerkers und Eingiehung des gesamten Vermögens des Schuldigen.

§ 3. Wenn der Tod eines oder mehrerer Menschen im ursächlichen Zusammenhang mit dem Verbrechen des Wuchers erwiesen wird, tritt nebst dem vollständigen Vermögensverlust die Todesstrafe durch den Strang als Buße ein.

§ 4. Grundjährlich verfällt der gesamte ermittelte Wucherergewinn zugunsten der Armen und Kranken. Jede Begnadigung eines verurteilten Wucherers ist ausgeschlossen.

Daß eine solche Maßnahme besten würde, wenn sie ernsthaft durchgeführt würde, bezweifeln wir nicht, aber daran hapert es überall. Der Wucher ist eine Frucht der kapitalistischen Ordnung und weder Strafen noch Moralpredigten können denselben beseitigen. Daß der Wucher im Kriege noch unheimlicher wirkt als im Frieden, liegt an den besonderen Verhältnissen. Erst in der sozialistischen Ordnung ist der Wucher unmöglich.

Gutachterkommission für Schuhwarenpreise.

Nachtrag

zu den Richtlinien für die Preisberechnung von Schuhwaren vom 2. November 1916.

Die Vollversammlung vom 25. Juli 1917 hat beschlossen, die am 2. November 1916 erlassenen Richtlinien wie folgt abzuändern:

I. Aufhebung der Gruppe III für die Festsetzung des Kleinverkaufspreises.

Bei Festsetzung des Kleinverkaufspreises für die unter II A der Richtlinien vom 2. November 1916 unter Gruppe III aufgeführten Sorten Schuhwaren darf vom 1. September 1917 ab höchstens nur noch der für Gruppe II festgesetzte Zuschlag von 25 v. H. (gegenwärtig 55 v. H.) auf den Gestehungspreis des Herstellers gerechnet werden.

Der zulässige Kleinverkaufspreis darf demgemäß den Gestehungspreis des Herstellers (Materialkosten plus Arbeitslohn plus Unkosten plus 5 Prozent Sonderzuschlag) höchstens um 45 v. H. überschreiten.

Anmerkung: Da in seitheriger Zeit infolge der Knappheit an Leder und Schuhwaren auch die minderbemittelte Bevölkerung gezwungen ist, die unter Gruppe III verzeichneten Sorten Schuhwaren zu kaufen, kann ein Unterschied zwischen Gruppe III und II nicht mehr gemacht werden.

Vorstehende Änderung tritt erst mit Wirkung vom 1. September 1917 ab in Kraft und zwar derart, daß die von diesem Tage ab vom Hersteller abgeschickten Waren nach dieser neuen Vorschrift ausgegeben sein müssen.

II. Festsetzung des Kleinverkaufspreises für die im Ausland hergestellten Schuhwaren.

In Rücksicht auf die wesentlich höheren Gestehungspreise für Auslandswaren werden die Kleinverkaufszuschläge für diese Waren wie folgt herabgesetzt:

- a) Für Gruppe I der Richtlinien vom 2. November 1916 auf höchstens 10 v. H.
- b) Für Gruppe II und III der Richtlinien vom 2. November 1916 auf höchstens 25 v. H.

Vorstehende Zuschläge dürfen höchstens auf die vom ausländischen Hersteller berechneten Nettofabrikationspreise, zuzüglich Einfuhrzoll, berechnet werden. Bei Umrechnung der ausländischen Währung darf nur der deutsche Wechselkurs des Tages, an welchem die Zahlung der Waren erfolgte, zugrunde gelegt werden. Zur Festsetzung und Anbringung des Kleinverkaufspreises ist derjenige verpflichtet, der die Ware aus dem Ausland einführt und in den Verkehr bringt.

Anmerkung: Wird Auslandsware nicht unmittelbar vom Hersteller, sondern durch Vermittlung

eines Großhändlers bezogen, so ist der Wechselkurs des letzteren von obigen Zuschlägen von 18 bzw. 25 v. H. ab zu berechnen. Der Kleinverkaufspreis ist keinesfalls über den Herstellerpreis vom Hersteller bezogen oder nicht, den Herstellerpreis zuzüglich Einfuhrzoll um mehr als 18 bzw. 25 v. H. überschreiten. Vorstehende Bestimmungen finden Anwendung auf nach dem 1. August 1917 eingegangenen Auslandswaren.

Berlin, den 1. August 1917.
Gutachterkommission für Schuhwarenpreise.
Der Vorsitzende.
Wallerstein, Kommerzienrat.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für diese Woche vom 20. Aug. bis 27. Aug. der 24. Wochenbeitrag fällig ist.

Nachfolgend verzeichnete Mitgliedsbücher wurden als verloren gemeldet und hiermit für ungültig erklärt:
Heinrich Schulz, B.-Nr. 68 344, eingetreten am 12. Aug. 1913 in Hannover.
Sabette Franz, B.-Nr. 6768, eingetreten am 18. Februar 1906 in Nürnberg.
Richard Franz, B.-Nr. 6992, eingetreten am 26. März 1907 in Leipzig.

Nürnberg, den 13. August 1917.
Der Vorstand.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen

Großsch. Die Eingiehung der Mitgliedsbücher und Kartons wird kontrolliert und hiermit für ungültig erklärt: ab statt. Beitragsrückstände sind in Ordnung zu bringen. Die Adresse des 1. Bevollmächtigten ist: Dr. Freyer, Poststr. 2 II. Alle Zuschriften und Sendungen sind an denselben zu richten.

Ehrentafel für unsere im Felde gefallenen Mitglieder

Oskar A. Nag Poka, schwer verw. gestorben.

Sterbetafel.

Hermann Birker, geb. am 11. Oktober 1883 in Cradnan, gest. am 10. August in Lucka an Wasserfuch.
Eduard Renker, geb. am 18. Mai 1833 in Großsch, gest. am 16. August in Großsch an Brechdurchfall.

Redaktionschluss: Dienstag früh 10 Uhr. Berichte müssen spätestens Montag früh, kurze Notizen und Besprechungen bis Dienstag früh in unseren Händen sein.

Die Redaktion.

Neuer Katalog (ca. 170 Abbildungen) über Schuhmacher-Werkzeuge (eben erschienen).
— Versand gratis und franco. —
C. Wagle, Berlin, Lothringersstraße 83.

Handstanzmesser

Größe I 8,00 Mk. — II 7,50 Mk. — III 6,50 Mk.
Fernruf 500 Amt Ostlag.
Theo Brenner, Merzfeld b. Söllingen.

Dankagung!

Allen Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle Köln a. Rh. für die so herzliche Spende sage ich hierdurch meinen innigsten Dank.
Albert Fehrmann.

Anzeigen finden im „Schuhmacherfachblatt“ weiteste Verbreitung!

Nachruf.

Nach schwerer Krankheit verschieden am 10. und 16. August unsere treuen Mitglieder und Kollegen

Hermann Birker Eduard Renker

im 54. und 85. Lebensjahre stehend.
Ihr Andenken wird in Ehren halten
Die Zahlstelle Großsch-Lucka.

Nachruf.

Durch den unheilvollen Weltkrieg verloren wie die im besten Mannesalter stehenden Mitglieder und Kollegen

Richard Ruffschbau Alfred Wetner

Mit den Nachbarn nimmt Anteilnahme an dem schmerzlichen Verluste
Die Zahlstelle Großsch.

Für unsere weiblichen Mitglieder.

Aus der Geschichte der industriellen Frauenarbeit.

England ist das Mutterland der modernen Industrie und der Geschlechter der industriellen Frauenarbeit. Sie beobachtet unter den ungünstigsten Bedingungen aller Art...

Die menschliche Existenz in der erwähnten Engländerin ist vornehmlich, wieder einmal kurz auf die Lebensbedingungen der industriellen Frauenarbeit in England zurückzuführen. Engels schildert die Wirkungen der Maschinen...

Im Jahre 1839 von den 419 560 englischen Arbeiterinnen 249 206, die größere Hälfte, Arbeiterinnen; das heißt beinahe die Hälfte, nämlich 192 887, im Alter unter 18 Jahren, waren also jugendliche Arbeiterinnen.

In diesen Fällen, sagt Engels, wird die Familie durch die Arbeit der Frau nicht ganz aufgelöst, sondern auf einen Teil gestellt. Die Frau erwarbt die Familie, der Mann trägt die Last, vermag die Kinder, führt die Stuben und Kochherd.

Engels erzählt auch den Brief eines englischen Arbeiters an die Arbeiterinnen, der die Dürftigkeit der Arbeiterinnen schildert. Der Arbeiter erzählt, wie einer seiner Bekannten einmal einer Wanderung, um Arbeit zu suchen, in St. Helens...

Gelautet das du Herr Sonst jemand mit Besen hatte das ist kleiner Frau die stürmte Stoppe den es ist Schlegt arbeit über Sieh kan bei Na nig Meer auff Ire fise Steen...

Der Leser und die Leserin mögen über den Mangel des Briefes nicht die von ihm gegebene Schilderung der damaligen entsetzlichen Zustände übersehen, auf die allein es hier ankommt. Engels bemerkt zutreffend hierzu, kann man sich einen vorstellbaren, unheimlicheren Zustand denken...

Die Lage der lebigen Fabrikarbeiterinnen war natürlich nicht besser wie die ihrer verheirateten Kolleginnen. Es versteht sich ganz von selbst, heißt es im Englischen Buche über die Arbeit der Arbeiterinnen...

Seine Zustände bildeten ja wohl den Tiefstand der wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse der Arbeiterklasse. Die Gewerkschaftsbewegung, Arbeiterschutzgesetzgebung und die allgemeine kulturelle Entwicklung brachten manche Verbesserungen in England und den anderen Industrieländern...

Frauenwahlrecht.

Die Einführung des politischen Frauenwahlrechts in England ist von Interesse für die entscheidenden Sitzung beschlossen worden. Es stimmten dafür 184 Liberale, 141 konservative Unionisten, 29 Arbeitervertreter und 33 Nationalisten.

an gewährt, tritt das gleiche Verhältnis zwischen der Zahl der männlichen Wahlberechtigten und der Bevölkerungszahl ein wie im Deutschen Reich. Durch die Einführung des Frauenwahlrechts und der oben mitgeteilten Altersgrenze für die männlichen Wähler wird die Demokratisierung des Wahlrechts in England weit über den Stand der Dinge bei uns hinausgehen.

Das erste und einzige weibliche Mitglied des Bundesparlamentes der Vereinigten Staaten hat bei der entscheidenden Abstimmung über den Krieg gegen den Krieg gestimmt. Wie Zeitungen berichteten, soll Jeanette Rankin zuerst geschwiegen und den Kopf gesenkt haben.

Mrs Rankin, die heute 34 Jahre zählt, ist in Montana geboren und aufgewachsen. Ihr Vater war eine der bekanntesten Erscheinungen unter den Farmern, die als Pioniere das Land bebauten und kultivierten zu einer Zeit, da es noch wenig bebaut und kultiviert war.

Den arbeitenden Klassen ist sie keine Fremde. Zwar hat sie sich in ihren Studien und ihrer agitatorischen Tätigkeit zunächst fast auf die Frauenstimmrechtsfrage beschränkt und die selbst am spielerischen Methoden der bürgerlichen amerikanischen Bewegung mit angewandt.

Den Interessen an sozialen Fragen den Interessen des Parlamentes allmählich näher geführt, auch wird sie ihr Zusammenleben mit Arbeiterinnen in einem Arbeiterinnenklub, in dem sie während ihrer Neuporter Studienzeit auf Sparfamleitsgründen wohnte, nicht unbeflügelt gelassen haben.

Dienstbotenfrage.

Reform des Gesindegesetzes.

Die verheißene politische Neuorientierung lenkt die Aufmerksamkeit auch auf die Rückständigkeit des gegenwärtigen Gesindegesetzes. Der Verband der Hausangestellten Deutschlands hatte eine Petition um Aufhebung der Gesindegesetze an die geleggebenden Stellen Freigens gerichtet.

... die für Lauburg trägt das Datum vom 22. Dezember 1732. Einige Geschichtliche, J. B. Hefen-Raffau, haben über-
haupt noch kein geltendes Gesinderecht. Es ist hinläng-
lich bekannt, wie äußerst rückständig die Bestimmungen die-
ser längst veralteten „Ordnungen“ sind.

Am richtigsten wäre die Lösung der Frage durch ein
Reichsgesetz. Die Berechtigung der Reichsgesetzgebung zu
einer solchen Maßnahme kann nicht bestritten werden. Die
einzige reichsgesetzliche Bestimmung, die sich gegenwärtig
mit dem Gesinderecht befaßt, ist Artikel 95 des Einlei-
tungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch. Er bestimmt,
welche wenigen Vorschriften des Bürgerlichen Rechts auf das
Gesinderecht Anwendung finden und legt am Schluß als
einzige Errundungsbestimmung fest, daß ein Züchtigungsrecht der
Dienstherren gegenüber dem Gesinde nicht mehr besteht.
An die Stelle der aufgehobenen Gesinderechtsbestimmungen
müssen andre Bestimmungen treten, und sie können vorläufig
in einem Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch wie-
dergelegt werden. Wen es zu dem längst geforderten ein-
heitlichen Arbeiter- und Angestelltenrecht kommt, zu einem
besonderen Gesetz über den Arbeits- und Dienstvertrag, so
muß in diesem mit aufgenommen werden, was über die
Dienstboten zu sagen ist. Es entstünde dann ein Arbeiter-
und Angestelltenrecht aus einem Guß. In Bayern ist schon
die Gesinderechtsordnung durch ein Ausführungsgesetz zum Bür-
gerlichen Gesetzbuch ersetzt worden. Der 6. Gewerkschafts-
kongress zu Hamburg im Jahre 1908 forderte, die Dienst-
boten der Gewerbeordnung zu unterstellen. Diese Forde-
rung setzt natürlich eine Änderung des Gesetzes voraus.

Die Reform des Gesinderechts für das ganze Reich ist
schon seit Ende der achtziger Jahre immer wieder gefordert
worden. Bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches
im Jahre 1896 beantragten die Sozialdemokraten eine reichs-
gesetzliche Regelung des Gesinderechts. Inzwischen haben
sie den Antrag öfter wiederholt. Am Jahre 1897 beschloß
auch der Reichstag, die Regierung zu eruchen, einen Ge-
setzentwurf vorzulegen, der die Rechtsverhältnisse des Ge-
sindes durch Reichsgesetz regeln soll. Auch in den Jahren
1911 und 1916 beschloß sich der Reichstag mit der An-
gelegenheit. Immer wurde aber die Bereinstimmung von
der Reichsregierung abgelehnt mit der Begründung, daß die
wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den einzelnen
Länderparteien zu mannigfaltig seien, da sie sich einer ein-
heitlichen Regelung entziehen. Mit demselben Einwand hätten
die Gewerbeordnung, das Bürgerliche Recht und hundert an-
dere Reichsgesetze befaßt werden können. Mit der Berei-
neinstimmung würde vor allem die Rechtsunsicherheit besei-
tigt, die heute auf dem Gebiete des Gesinderechts besteht. In
den Irrgängen der einschlägigen Vorschriften finden sich
nicht mehr die Juristen, geschweige denn die Dienstboten zu-
recht. Auch eine Verbesserung des Gesinderechts dürfte nicht
unterbleiben; die besseren Bestimmungen einiger süddeut-
schen Staaten müßten fraglos auf Norddeutschland übertra-
gen werden.

Die eingangs erwähnte Petition des Verbandes der
Hausangestellten kam am 16. November 1916 in der Pe-
titionskommission des preussischen Abgeordnetenhauses zur
Sprache. Berichterstatter war der Freisonferatör Dr.
Wagner. Er meinte, daß die in der Petition angeführten
Wißhandlungen nicht eine Reform des Gesinderechts not-
wendig machten. Solche Fälle könnten strafrechtlich geahndet
werden. Gleichwohl dürfte es an der Zeit sein, die Eingabe
der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Der
Regierungsvorsteher lehnte nicht alle angeführten Gründe ge-
gen die Gesinderechtsbestimmungen ab, hat aber, sie der Regierung

nur als „Material“ zu überweisen. Es handle sich um eine
Reform, die viel Vorarbeit erfordere; gegenwärtig sei die
Regierung so mit Arbeiten befaßt, daß der Gesetzentwurf
noch nicht fertiggestellt werden könnte. Der Parteipre-
sident Delius erwiderte, die Gründe seien nicht durchschlagend. Ein
konservativer Redner führte aus, das Züchtigungsrecht werde
so gut wie gar nicht mehr ausgeübt (?). Mißhandlungs-
fälle verurteile jeder anständige Mensch. Die nationallibe-
ralen Redner sprachen sich für Berücksichtigung der Petition
aus. Auch das „linke“ Züchtigungsrecht gegen Dienst-
boten sei unzeitgemäß und überflüssig geworden. Den sozial-
demokratischen Standpunkt vertrat Abg. Hue in längerer
Rede. Die Gesinderechtsbestimmungen seien Ueberbleibsel aus einer
Zeit, in der noch das Untertanenverhältnis bestand. Dieser
üble Überlebensausatz sei bis in unsere Zeit hinein künstlich
erhalten worden und verlege das moderne Empfinden der
Arbeiter. Schon 1910 sei beschlossen worden, eine ähnliche
Petition der Regierung als Material zu überweisen. Dar-
auf sei nichts geschehen. Jetzt müsse nachdrücklicher vor-
gegangen werden. Die Kommission beschloß, zu empfehlen,
der Regierung die Eingabe als Material zu überweisen.
Ferner nahm sie folgende Entschließung an: „Die Regie-
rung wolle baldmöglichst den Entwurf einer Gesinderechts-
ordnung für Preußen als Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen
Gesetzbuch unter Aufhebung der bisherigen Gesinderechtsbestimmungen
vorlegen.“

Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich im Plenum am
25. April mit der Sache. Der sozialdemokratische Abge-
ordnete Hirsch führte aus, daß ganze Arbeit gemacht werden
müsse. Die „rechte Stunde“, von der in der Osterbotschaft
die Rede gewesen, sei auch für die Beseitigung der Gesinderechts-
bestimmungen gekommen. In gleichem Sinne sprach Genosse
Paul Hoffmann von der unabhängigen Sozialdemokratie.
Das Haus lehnte den Antrag der Sozialdemokraten ab,
die Eingabe der Regierung zur Berücksichtigung zu über-
weisen, es stimmte den Beschlüssen der Kommission zu. Da-
mit ist wieder ein Stückchen „Reinverleugung“ mindestens
für die Dauer des Krieges begangen.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Die Schwedischen Genossinnen an der Arbeit für
die Forderung: Gleicher Lohn für gleiche Leistung.
Wie und erst jetzt mitgeteilt wird, haben die schwedischen
Genossinnen im Februar in Stockholm eine sozialistische
Frauenkonferenz abgehalten, die sich auch mit der Frage
der Frauenarbeit nach dem Kriege beschäftigte. Nach ein-
gehender Behandlung gelangte diese Resolution zur An-
nahme: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist die Forderung,
die die Frauen auf allen Arbeitsgebieten erheben müssen,
wo sie den Mann ersetzen. Sie müssen diese Forderung
erheben: 1. weil die elementare Gerechtigkeit verlangt, daß
die Arbeit nach ihrem Wert und nicht nach dem Geschlecht
bezahlt wird; 2. aus persönlichem Interesse; 3. aus Soli-
daritätsgefühl gegen andre Frauen, da es bewiesen ist, daß
niedrige Löhne ganz besonders eine allgemeine Verschlech-
terung der Arbeitsbedingungen herbeiführen; 4. aus Pflicht-
gefühl gegen den Mann, dessen Arbeitsbedingungen sich
durch den niedrigen Stand der Frauenarbeitslöhne ver-
schlechtern.“

Die Konferenz beschloß, die vorstehende Resolution der
gewerkschaftlichen Landesorganisation für Schweden zuzu-

stellen. Diese befand ihrerseits die Frage für wich-
tig, daß sie auf von internationalen Gewerkschaften
behandelt werde soll, der für den Herbst 1917 in
geplant ist. Die schwedischen Genossinnen hoffen, daß
Sozialistinnen und organisierten Arbeiterinnen aus
Länder ebenfalls mit der Forderung: „Gleicher Lohn
gleiche Leistung“ an die Gewerkschaftsorganisationen
treten und das Verlangen unterstützen, die sehr
Frage auf dem internationalen Gewerkschaftskongress
behandeln.“

Trümmerstätte.

Weidenbüschen und der rote Mohr,
Blühen schön und blühen lange schon,
Auf der Trümmerstätte Schmutz und Staub;
Zwischen Steinen liegt sich Epheulaub.

Noch vor Jahren war's ein schöner Ort,
Arbeit ging von Hand zu Handen fort,
Die ein Heer von Arbeitstüchtigen schuf,
Früh bis abends bis zum Glockenruf.

In den Räumen war es dumpf und schwül,
An den Wänden lief das Räderpiel.
Jed' Maschine sang ein andres Lied,
Dem Mann der Arbeit, dem die Wang' geblüht.

Der die Kraft zum Äußersten geerntet
Der für Weib und Kinder hat geschafft;
Der hier fand sein täglich, täglich Brot
Und den Reim zum frühen, weissen Tod.

Was einst errichtet fleißige Menschenhand,
Liegt jetzt vernichtet durch den Kriegesbrand.
Durch die öden Hallen pfeift der Wind,
Sein felsam Lied: Wie Menschen sind.

Aus den Fenstern schaut es kumpf und leer,
Verrostet Eisen hängt und liegt umher.
Und drüber zieht die Sonne ihre Bahn
Granaten haben ihre Pflicht getan.

Längst den Steinen liegt sich Epheulaub,
Auf der Trümmerstätte Schmutz und Staub
Blühen schön und blühen lange schon
Weidenbüschen und der rote Mohr.

Stappe, im Juli 1917.

Siehe Beachtung!

Wer an das „Schußm-Fachblatt“ etwas zu be-
trachten hat, muß unter allen Umständen folgendes beach-
ten:

1. Manuskriptpapier nicht auf beiden Seiten beschriften
2. keine Blei- und auch keine Feinstiftspitzen verwenden;
3. nicht zu eng schreiben, damit reaktionelle An-
merkungen etc. vorgenommen werden können;
4. durch Korrekturen, Abänderungen oder Zusat-
zstreifungen nicht das Manuskript unlesbar machen
5. Namen und Ziffern recht deutlich schreiben.

Kleine Leute.

Von Ina Lange.
(Fortsetzung.)

Water ist ein Taugenichts, die Mannsleute taugen nun
mal nichts. Ich kenne nicht einen einzigen Mann, den ich
richtig zu den Menschen rechnen kann, denn entweder taugen
sie zum Arbeiten, oder trinken, bis sie nicht mehr können,
oder sie haben nie zu etwas getaugt, und dann trinken sie
desfalls. Wie sie auch sind, trinken tun sie alle, und dann
geht's mit ihnen abwärts, und mit den Kindern. Ach ja!
Aber in der Stadt gibts noch ein paar Geschäfte, wo sie
sich nicht volltrinken dürfen, und zu so einer Stelle wollen
wir Ihren Jungen schicken. Dafür werde ich sorgen!
Glaub'n Sie mir nur, ich werde ihn mitnehmen, wenn ich
zu Tabakoff. Da kann er im Laden stehen und ruffisch
reden lernen. Auch rechnen kann er da lernen. Und da
nützt kein Glanzenmachen. Da arbeiten sie auch am Sonn-
tag, versteht sich, heimlich.“

Rajja stand am Herd und starrte ins Feuer. Die
Flammen beleuchteten ihr Gesicht, das von Hoffnung und
Freude irabte. Sie nickte vergnügt und murmelte vor
sich hin, während die Mälierin diese leuchtenden Zukunfts-
sichten ausmalte. Es begann also auch für sie zu tagen.
Das war ja das größte Glück, das ihr zuteil werden konnte!

Die Mälierin fuhr noch eine Weile fort, und Rajja
hörte zu. Zuletzt begleitete sie ihren Watz und ging mit
ihm den geröstenen Flusslauf entlang, der zum Strande
führte, von wo sich der Weg zu des Mäliers Raubjunge
tekte. Sie sprachen freundschaftlich miteinander, und als
sie sich trennten, verbeugten sich beide tief, obwohl der
Schnee ihnen bis an die Knöchel reichte.

Rajja war lange Jahre nicht so glücklich gewesen.
Jetzt hatte sie wieder Hoffnung auf die Zukunft. Sie
wußte, die Mälierin konnte, was sie wollte. Und jetzt

wollte sie, daß Veli Erziehung haben sollte und etwas
wurde — wer weiß, vielleicht konnte er sogar Handelsmann
werden. Das war wirklich ein glücklicher Tag gewesen.

Sie ging nach Hause, es war jetzt ganz dunkel.
Der große Jaska, der Reiss im Walde gesammelt,
war nach Hause gekommen. Er saß mit der Art im Arm
auf der Bettante. Seine großen, runden Augen stierten
sich und sinnlos umher. Als er Rajja erblickte, wurde der
Ausdruck in seinen Augen milder, und er ließ den Kopf
auf die Brust sinken. Sie nahm ihm die Art ab, stellte sie
an den Tisch und gab ihm Brot und Kaffee. Während er
aß und trank, ging sie auf den Hof, um den Pels auszu-
schütteln, der oben auf der Ofenbank lag.

Dann machte sie ihm sein Bett. Rajja schlief bereits.
Eine Weile darauf war es in der Stube still. Der Biot
scharrte in seinem Bett. Die Kessel standen auf ihren
Beckern, das Feuer knisterte im Herde. Sie holte das
neue Testament vor und setzte sich zurecht, um zu lesen.
Da klopfte es stark am Fenster.

Sie fuhr zusammen. Ob das wohl einer von den
Männern war, die sich vollgetrunken hatten, der sie im
Vorbeigehen ängstigen wollte? Sie machte nicht auf.

Es klopfte wieder und noch stärker. Eine ernste Stimme
rief, sie solle aufmachen.

Sie stieg zum Fenster. Da durchfuhr sie die Ahnung
wie von etwas Bösem, und das gerade heute, wo sie zu
glücklich und hoffnungsfreudig gewesen war!

Da standen vier Mann draußen, die etwas Schwarzes
zwischen sich hatten, das einer von ihnen auf den Armen
trug. War jemand tot? Wer war das? Das Kind, der
Junge? Veli tot?

Nein, nicht tot. Der Mäliernecht erklärte ganz ruhig,
wie die Cade zugegangen war. Er lebte und war nur
ohnmächtig. Sie hätte ihn gern bei den Mäliernechten
versteckt, aber er weinte und wollte heim zur Mutter.
Einer der Knechte wußte, daß der Arzt heute mittag auf
dem Herrenhof beim Ingenieur gewesen war. Rajja nahm

den großen schweren Jungen auf ihre Arme und legte
ihn ins Bett. Seine Arme bingen schlaff herüber, der Kopf
schien leblos. Das Gesicht war bläulich und wie erlosch.
Ein Klumpen Blut hatte das Haar an der Stirn festge-
schlagen. „Wo ist er gefallen? Wo hat er sich die Stirn
geschlagen?“ fragte sie.

„Ach nein, so war es nicht,“ sagte der Knecht
trauste sich den Kopf. „Rajja spielte unter den We-
mählenflügeln, gerade als der Meister dabei war, sie
innen loszulassen. Der Junge lief ihr nach, um sie
zugreifen. Aber in demselben Augenblick, da er sie packte
und rettete, bekam er selbst einen Schlag. Erst einen
war nicht so hart, denn der traf nur die Stirn! Da-
dann, dann kam der andere Schlag, und der schlug ihn
so fürchterlicher Kraft gegen die Schultern, daß der
sich fast vom Körper löste. Anders padte ihn am
Hals und als wir ihn herentragen wollten, wollte er hier
und nun sind wir da.“

Das war die ganze Geschichte.

Rajja gab ihnen einen Schnaps und schickte einen
nach dem Herrenhof zum Doktor.

Sie badete ihm den Kopf, wusch die Wunden und
ließ ihm die Stiefel aus. Den Körper wagte sie nicht an-
rühren. Der Kleine jammete so fürchterlich, sobald sie
nur einer anrührte.

Sie war bis dahin kalt zu ihm gewesen, hatte
Kind nie geliebt und nie so recht freundlich behan-
delt. Aber jetzt brach das Eis. Sie wusch das garnicht.
Ging still umher und bemühte sich um ihn, so gut sie konnte.
Keine Laken und Kopfkissen, wusch und feim sollte er haben.
Von den Klagen und dem Gekläne des Kranken gelöst
fand der Doktor endlich die Ursache in der dunklen Stube.
Er war sehr rot im Gesicht von all den guten Weinen
Mittag und dabbt ärgerlich darüber, daß er im Dunkel
und Schneegestöber zu dieser Stätte gehen mußte, die
immer so häßlich und wiederwärtig erschienen war.
(Fortsetzung folgt.)